

Das Tabu brechen

Deutschland und Europa müssen im eigenen Interesse eine Strategie für den Irak entwickeln. Der Wechsel im Amt des US-Präsidenten bietet die Chance für eine gemeinsame Initiative.

Von Thorsten Benner

Egal ob der Sieger Clinton, McCain oder Obama heißt, eines ist klar: Am 20. Januar 2009 wird sich der neue US-Präsident in seiner Antrittsrede mit einer klaren Botschaft an die Partner jenseits des Atlantiks wenden: „Die USA brauchen Deutschlands und Europas Hilfe bei der Befriedung des Irak. Egal ob ihr für oder gegen den Krieg wart, Frieden im Irak liegt in unserem gemeinsamen Interesse. Wir wissen, dass ihr gegenwärtig keine Soldaten schicken werdet. Uns geht es um diplomatisch-politische, wirtschaftliche und zivil-humanitäre Unterstützung, eingebettet in multilaterale Initiativen. Wir sind für eure Vorschläge offen.“

Was wird die Reaktion aus Deutschland und Europa sein? Vermutlich wenig mehr als betretenes Schweigen oder ein Gewirr rhetorischer Ausweichmanöver. Diese Einschätzung drängt sich jedenfalls auf angesichts des großen schwarzen Lochs, das sich gegenwärtig in Deutschland und Europa mit Blick auf eine Irakstrategie auftut. So einig sich die drei US-Präsidentschaftsbewerber in ihrer Betonung der Bedeutung des Irakkonflikts sind, so einvernehmlich meiden die drei deutschen Kanzlerkandidaten Beck, Merkel und Steinmeier das Thema.

Auch auf EU-Ebene findet sich keine Initiative für eine gemeinsame Irakstrategie. Zwar versprach EU-Kommissionspräsident Barroso jüngst dem irakischen Premier, dass die Iraker auf Europas „Solidarität beim Aufbau eines friedlichen Landes auf der Basis von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit“ bauen könnten. Doch sind dies nicht mehr als leere Worte, solange die Regierungschefs keine Taten folgen lassen. Auch nach dem fünften Jahrestag der Irakinvasion findet sich niemand, der das heikle Thema Irak gesamteuropäisch anpacken will. Selbst Frankreichs Turbopräsident, sonst nie um eine Initiative verlegen, hüllt sich in Schweigen.

Deutschland und Europa handeln durch dieses Wegschauen gleich mehrfach gegen die eigenen Interessen. Sie fügen so den Aussichten auf eine Revitalisierung einer global orientierten transatlantischen Partnerschaft großen Schaden zu. Denn ein Wegschauen der Europäer im Irak schwächt den neuen US-Präsidenten, der in Treu und Glauben daheim Überzeugungsarbeit leistet für Multilateralismus und Allianzen, aber in der für ihn zentralen außenpolitischen Frage von den europäischen Verbündeten allein gelassen wird.

Auch demonstriert die fehlende Irak-Friedensstrategie, dass die EU-Außenpolitik in einer zentralen weltpolitischen Frage nicht denk- und handlungsfähig ist. Ein flüchtiger Blick auf die Karte genügt, um zu erkennen, dass dies das Resultat einer strategischen Blindheit ist. Im Irak treffen sich die Probleme der für Deutschland und Europa zentralen Region des Nahen und Mittleren Ostens wie in einem

Brennglas: Zugang zu Ressourcen, Terrorismus, die Rolle des Iran und Syriens, die Kurdenfrage, die Sicherheit Israels. Der Irak ist ein zentrales Puzzlestück für alle Bemühungen zur Stabilisierung des Nahen und Mittleren Ostens.

Ohne Einbindung des Irakkonflikts laufen auch die Bemühungen Europas um eine Lösung der Iranfrage ins Leere. Hinzu kommt: Das Blutbad des irakischen Bürgerkriegs hat eine humanitäre Katastrophe sondergleichen ausgelöst: gut 2,5 Millionen Binnenflüchtlinge innerhalb des Irak und noch einmal mindestens zwei Millionen Iraker, die vor allem in Jordanien und Syrien Zuflucht gesucht haben und die diese Länder vor allein nicht zu bewältigende Herausforderungen stellen. Wegschauen ist kein Weg, um die hehren Worte von deutscher und europäischer Friedenspolitik in die Tat umzusetzen.

Höchste Zeit also für die Entwicklung einer gemeinsamen europäischen Irakstrategie. Hierbei ist Deutschland in besonderem Maße gefordert. Grundlage sollte eine gemeinsame Initiative der Großen Koalition sein. Deutschland sollte die Führung übernehmen und um einen Kern von Polen, Frankreich, Spanien und Großbritannien herum eine große europäische Koalition aus Gegnern und Befürwortern des Irakkriegs zusammenbringen, die die Ernennung eines hochrangigen EU-Sonderbeauftragten für den Irak vorantreibt. Eine EU-Strategie könnte sich auf drei Pfeiler stützen.

Erstens humanitäre Hilfe: Innenminister Wolfgang Schäubles überfälliger Vorstoß, einige Tausend christliche Flüchtlinge aufzunehmen, ist zu begrüßen. Doch reicht diese einseitige Geste längst nicht aus. Es gilt, EU-weit mehr Flüchtlinge aufzunehmen und gleichzeitig die multilateralen Bemühungen um Flüchtlinge in Syrien, Jordanien und innerhalb des Irak bestmöglich zu unterstützen.

Zweitens eine diplomatisch-politische Lösung des irakischen Bürgerkriegs vorantreiben. Dies kann nur in einem multilateralen Rahmen unter Führung der Vereinten Nationen geschehen. Die EU sollte den neuen US-Präsidenten für die Idee eines hochrangigen Uno-Verhandlungsprozesses gewinnen, der unter Führung eines hochkarätigen Uno-Sondergesandten alle Konfliktparteien innerhalb und außerhalb des Irak zusammenbringt. Dies umfasst auch regionale Akteure wie den Iran, Syrien und die Türkei, mit denen die Europäer besondere Beziehungen pflegen.

Drittens: Bei einer erfolgreichen Verhandlungslösung muss die EU-Unterstützung für den zivilen Wiederaufbau des Irak massiv aufgestockt, die wirtschaftliche Partnerschaft ausgeweitet werden.

Die Risiken, dass eine solche Strategie an den politischen Unwägbarkeiten scheitert, sind hoch. Doch einen Versuch zu wagen ist auf jeden Fall besser als das gegenwärtige Wegschauen, das ein weiteres Ausbluten des Irak und die Destabilisierung der Region einfach hinnimmt.

Thorsten Benner ist stellvertretender Direktor des Global Public Policy Institute (GPPi) in Berlin.